

Straßenbaubeiträge - Aufgeschoben ist nicht aufgehoben

„Zunächst einmal haben wir mit unserem Antrag an den Rat den anderen Fraktionen das Bekenntnis abgerungen, dass bei den Straßenbaubeiträgen Handlungsbedarf besteht“, sagt Alisan Sengül, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. Bei der Sitzung des Rates der Stadt Hamm am 26.03.2019 war der LINKE Antrag auf Halbierung der Anliegerbeiträge an den nächsten Termin am 09.07.2019 verwiesen worden. Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters wolle man zunächst die Entwicklung der Landesebene abwarten.

„Die Landespolitik wäre gut beraten, es anderen Bundesländern gleich zu tun und die Straßenbaubeiträge abzuschaffen. Das ist das Signal, dass aus der gestrigen Sitzung in Richtung Düsseldorf geht“, so Sengül. „Wenn die Landesebene allerdings das Thema bis zum Sommer nicht geregelt bekommt, ist durch unseren

Antrag sichergestellt, dass der Hammer Stadtrat entscheiden wird, wie es weitergeht. Dann sind alle Parteien gefragt, Wort zu halten und für eine drastische Reduzierung der Beitragshöhe zu stimmen, die Abschaffung ist bedauerlicher Weise nur auf der Landesebene möglich. Das Prinzip „Aussitzen und weiter abkassieren“ ist somit gestrichen.“

*„Das Prinzip
Aussitzen und abkassieren
ist somit gestrichen!“*

Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN sieht in der Erhebung der Anliegerbeiträge ein Gerechtigkeitsproblem. Der angebliche Sondervorteil, den die Anlieger aus einer ausgebauten Straße möglicherweise schöpfen könnten und der sich von dem Nutzen der Allgemeinheit unterscheidet, sei vor allem durch die drastischen Erhöhungen der Beitragssätze nicht mehr abgebildet. „Die Instandhaltung von öffentlichen Straßen und

Verkehrswegen gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge und muss daher grundsätzlich steuerfinanziert werden“, fordert Sengül. „Wenn das nicht möglich ist, müssen die von CDU, FDP und SPD angehobenen Beitragssätze zurückgenommen werden. Diese sind nämlich in erster Linie den Kommunalfinanzen geschuldet und nicht in der Sache begründet.“



Liebe Leserinnen und Leser

in Hamm regt sich was! Viele Bürger*innen gehen auf die Straße und kämpfen gegen ein neues Industriegebiet, gegen ungerechte Anliegergebühren und für den Erhalt des Krankenhauses St. Jupp. Wir finden das gut und richtig und sind dankbar für das Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger. Es wird immer deutlicher, dass die Menschen die Kürzungspolitik der großen Koalition im Rat nicht mehr mittragen wollen.

In dieser Ausgabe des Linksdruck wollen wir Sie mit aktuellen Informationen zu oben genannten Themen versorgen. Außerdem können Sie unsere Rede zur Verabschiedung des Haushalts 2019 / 20 lesen. Wir haben den aktuellen Haushaltsplan abgelehnt, denn es ist ein reines Spardiktat gegen die Hammer Bevölkerung.

Dem zugrunde liegt eine völlig falsche Finanzpolitik in Bund, Land und Stadt Hamm. Diese wurde jahrzehntelang von CDU, SPD, Grüne und FDP immer weiter vorangetrieben...

...und am Ende zahlen wir die Zechen.

Ihr Alisan Sengül



Haushalt der Stadt Hamm: Eine mut- und perspektivlose Verwaltung des Mangels

Ratsfrau Marion Josten begründete mit ihrer Rede die Ablehnung der LINKEN zum Haushaltsentwurf 2019/2020 der Stadt Hamm:

Sehr geehrter Oberbürgermeister, meine Damen, meine Herren,

mit der Einbringung dieses Haushalts haben Sie, Herr Oberbürgermeister, ein Versprechen gegeben. Ich zitiere: "Hamm ist eine Stadt, in der alle Menschen und Gruppen ihren Platz haben"

Doch die entscheidende Frage ist natürlich, wo der jeweilige Platz verortet ist und ob es nicht besser wäre, die Möglichkeiten zu bieten, diesen Platz zu ändern.

Und da ist es interessant darauf zu schauen, was der Haushaltsentwurf außen vor lässt. Dieser Haushalt gibt keine Antworten zur erschreckenden Kinderarmut in dieser Stadt. Wir haben uns im Rat in den vergangenen Monaten mehrfach mit dem Thema beschäftigt. Ernsthaft in Abrede gestellt hat dieses Problem niemand. Nur warten wir immer noch auf konkrete Maßnahmen und Pläne, um allen Kindern die Möglichkeiten und Chancen einzuräumen, die sie verdienen. Aber, wie wir alle wissen, ist in Deutschland die Hauptursache für Kinderarmut, die Einkommensarmut der Eltern. Doch auch in diesem Feld, fehlt ein wirkliches Maßnahmenpaket, oder zumindest ein neuer Ansatz.

Das kommunale Jobcenter verwaltet noch immer eine immense Zahl von Bedarfsgemeinschaften. Damit wir uns nicht falsch verstehen: Ich bin mir bewusst, dass hier vor Ort lediglich die katastrophale Gesetzgebung der Bundes-

ebene namens Hartz IV umgesetzt werden muss. Doch um den Menschen in Hamm eine Perspektive auf auskömmliche Erwerbsarbeit zu geben, müsste eine andere Ansiedlungs- und Wirtschaftspolitik betrieben werden.

"Schicht im Schacht" sagten sie in ihrer Haushaltsrede und hoben auf den Strukturwandel durch den Wegfall der Zechen ab. Doch wer meint diese durch Logistikunternehmen meistern zu können, die mit Dumpinglöhnen und miesen Arbeitsbedingungen arbeiten, der muss sich über die Zahl der Aufstocker nicht wundern.

„Dieser Haushalt ist weder sozial, noch ökologisch!“

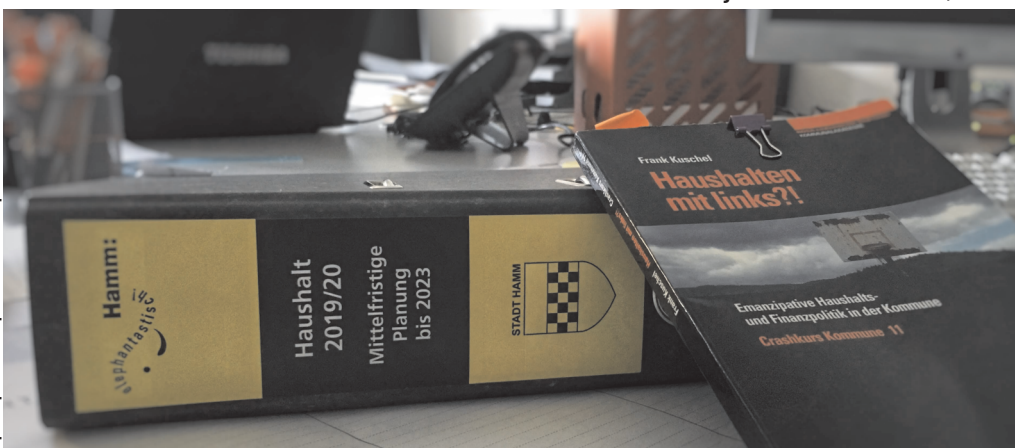
Und genau diese Unternehmen sind auch Teil des Problems der Umwelt- und Verkehrsbelastung in dieser Stadt. Aber auch hier finden sich vornehmlich Leerstellen im vorliegenden Entwurf.

Eigentlich bräuchte es einen mutigen Schritt, um den ÖPNV in dieser Stadt nachhaltig zu stärken.

Doch während man sich hier in kleinteiligen Tappschritten verliert, übernimmt man die Planungskosten, die eigentlich das Land hätte tragen müssen, um für

Gleichzeitig erhebt man den Umweltschutz mit der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zu einem erklärten Ziel der Stadt Hamm. Nur ist das leider durch den Haushalt nicht unterfüttert! Ein weiteres Beispiel: Die Biologischen Stationen Unna-Dortmund und Soest haben vor einigen Wochen die Ergebnisse ihrer Arbeit vorgelegt [...]. Dazu haben die Biostationen Verbesserungsvorschläge gemacht und Empfehlungen ausgesprochen. Diese umzusetzen kostet natürlich Geld. Im Haushaltsentwurf ist offensichtlich nichts dafür vorgesehen.

Man erkennt, dieser Haushalt ist weder ökologisch, noch sozial ein Schritt nach vorn. Wie auch? CDU und SPD buckeln vor dem Kürzungsdiktat der Landesregierung: Die Liste der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen wird von den Vertretern der Ratsmehrheit immer wieder wortreich als "bitter aber notwendig" betrauert. Auch wenn dabei jedem klar ist, im



Würgegriff des Stärkungspakts kann die Stadt ihren originären Aufgaben nicht nachkommen und die Zukunft dieser Stadt gestalten.

Und genau das ist auch eines der großen Probleme: Stärkungspakt und das Dogma der schwarzen Null beschneiden die kommunale Selbstverwaltung und damit das demokratische Grundgefüge in dieser Stadt.

Gleichzeitig schafft man es aber, nach der Einbringung sogenannte Haushaltsreste zu finden, die dann von SPD und CDU nach Gutsherrenart verteilt werden. Ich frage mich, wie sie dieses Vorgehen den Menschen in dieser Stadt erklären wollen. Ein solches Vorgehen führt zu Politikverdrossenheit und wir lehnen das entschieden ab.

Dass es durchaus auch unter den genannten Bedingungen anders gehen kann, haben wir mit unseren Anträgen unter Beweis gestellt.

Gegenfinanzierte Vorschläge zur Einführung von kostenlosem Schulessen für alle, einer Beihilfe zur Beschaffung von Schulbüchern und einer Weihnachtsbeihilfe, wo es nötig ist oder die Erhöhung der Bezirksbudgets wären wichtige Schritte gewesen, um allen Menschen und Gruppen in Hamm einen fairen Platz in dieser Stadt zu ermöglichen!

Einzig, wir müssen feststellen, für ein Mehr an sozialer und ökologischer Gerechtigkeit fehlte den Parteien der Ratsmehrheit der politische Wille. Zusätzliche Einnahmen sind nicht gewünscht.

Daher wird es sie nicht wundern, dass wir diese Mutlosigkeit, dass wir diese Perspektivlosigkeit für diese Stadt nicht hinnehmen und damit diesen Kürzungshaushalt nicht mittragen werden!



#keinIndustriegebiet: LINKE wirft Ratskoalition Augenwischerei vor

Mit den Stimmen von CDU und SPD ist in der Ratssitzung vom 26. März der Grundstein für ein neues Gewerbegebiet in Uentrop gegen den Willen der Bürger*innen gelegt worden. DIE LINKE hielt dagegen und prangerte die Verwirrungstaktik der großen Koalition an.

„Nun gilt es, die Entwicklung im Auge zu behalten und alles daran zu setzen eine weitere Industrialisierung in Uentrop zu vermeiden. „Wir stehen an der Seite der Bürgerbewegung und wünschen uns sehr, dass die Menschen in Hamm weiter gegen das Industriegebiet kämpfen“, sagt Alisan Sengül, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. „Das letzte Wort über den K'Park Süd II ist noch nicht gesprochen.“

Im Vorfeld der Ratssitzung versuchten CDU und SPD mit einem Antrag „Verantwortung für Arbeit und Umwelt“ den Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Damit versuchten sie den massiven Widerstand der Bevölkerung mit den Schlagworten „Tauschfläche“ und „Flächenspeicher“ Mundtot zu machen. Die Stadt soll prüfen, ob es weitere Flächen gebe - doch wenn

das nicht der Fall sei, dann wird die Erweiterung des K'Park Süd kommen. DIE LINKE machte deutlich, dass es sich bei den Behauptungen der Koalitionsparteien um Augenwischerei handelt: Die 50 ha große Fläche, die nun fest im Regionalplan verankert ist, ist für Unternehmen vorgesehen, die einen hohen Flächenverbrauch haben, mindestens 8 ha. Für Unternehmen also, die einen so hohen Emissionsausstoß haben, dass sie nicht in der Nähe von Wohnbebauungen angesiedelt werden können und für Unternehmen die mit Gefahrgütern arbeiten.

„Beim K'Park Süd II ist das letzte Wort noch nicht gesprochen!“

Sengül weiter: „Wir bezweifeln, dass die Stadt andere Flächen für den K'Park Süd II finden wird. Denn was sich CDU und SPD unter Verantwortung für Arbeit und Umwelt vorstellen haben sie in den vergangenen zwanzig Jahren zu genüge bewiesen. Den Ausverkauf von großen Flächen für die Ansiedlung von Logistikunternehmen. Dieser Antrag der großen Koalition ist das Papier nicht wert, auf dem er geschrieben ist.“

Gesundheitsstandort Bockum-Hövel

Mit dem nun eingeleiteten Diskussion um den Erhalt zu Bieterverfahren geht der Kampf um den Erhalt des St. Josef Krankenhauses in Bockum-Hövel in eine neue Runde. Joachim Grünheid, Bezirksvertreter DIE LINKE in Bockum-Hövel, sagt: "Es darf nicht um den bestmöglichen Preis für das Grundstück, sondern es muss um den Erhalt des Gesundheitsstandortes Bockum-Hövel gehen. Die öffentliche Daseinsvorsorge muss sich an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger orientieren und nicht dem Profitstreben einzelner Akteure untergeordnet werden. Gesundheit ist keine Ware!"

„Gesundheit ist keine Ware. Die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger ist wichtiger als Profite!“

DIE LINKE kämpft für eine Kommunalisierung des Krankenhauses. Der Antrag unserer Ratsfraktion scheiterte allerdings im Mai 2018 an den Stimmen von CDU, SPD, Grüne, FDP und Pro Hamm. Damit versuchten die anderen Parteien früh, die

Diskussion zu beenden. Nun schauen sie dabei zu, wie die Franziskaner aus der Vermarktung des einst per Schenkung überschriebenen Grundstückes ein Maximum an Gewinn rausholen.

Die Fraktion DIE LINKE unterstützt auch weiterhin die Forderung der Bürgerinitiative für den Erhalt des St.-Josef-Krankenhauses. Vollkommen zu recht kritisieren die Schließungsgegner, dass die Franziskaner versuchen, Nägel mit Köpfen zu machen und den "Tod von St. Jupp" festzuschreiben. Es ist bedauerlich, dass der Erhalt nicht mal erwähnt wird, sondern einseitig auf Konzepte zur Neubebauung abgestellt wird. Grünheid: "Den Unmut darüber kann ich voll und ganz nachvollziehen. Ich hätte mir von vielen der beteiligten Akteuren mehr Respekt im Umgang mit den Wünschen der Bürgerinnen und Bürger gewünscht. Es sei nun Aufgabe der Politik, die gesundheitliche Versorgung der Menschen im Stadtbezirk auch weiterhin sicherzustellen."



Thematische Sprechstunden

Jeden letzten Montag eines Monats im Büro der LINKEN, Oststr. 48, 59065 Hamm.

14:00 bis 15:00 Uhr: Informationen zur Hartz IV Gesetzgebung

Mit den Themenschwerpunkten: Hartz IV, Kindergeld, Mietangelegenheiten, Arbeitsrecht, Schwerbehinderung.

Individuelle Terminabsprache während der Sprechzeit unter 02381 997 66 84.

15:00 bis 16:30 Uhr: Informationsstelle für Hörgeschädigte

Die Welt ist für Hörende gemacht – für schwerhörige Menschen hat das unterschiedliche Konsequenzen. Welche Hilfen gibt es? Wir informieren gerne. Kontakt: mar-got.kohlhas-erlei@dielinke-hamm.de



Fragen, Kritik, Anregungen?

DIE LINKE. im Rat der Stadt Hamm

Oststr. 48
59065 Hamm

Fon: (02381) 17 31 97
Fax: (02381) 17 10 31 97

die-linke-fraktion@stadt.hamm.de

www.linksfraktion-hamm.de
fb.com/linksfraktion.hamm

Sprechzeiten der Fraktion:
Mi. von 16.00 Uhr - 18.00 Uhr
Do. von 10.30 Uhr - 12.30 Uhr

Sonntagsfrühstück

Jeden 1. Sonntag im Monat lädt der
Kreisverband Hamm
alle Bürgerinnen und Bürger
zum politischen Frühstück ein!

Uhrzeit: 10:30 - 13:00 Uhr
Ort: Kreisgeschäftsstelle, Oststrasse 48

